Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 3 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 273. — Donnerstag den 25. November 1920. — 79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Nachdem die Witterungsverhältnisse der letzten Tage die landwirtschaftlichen Betriebe mehr zu häuslichen Arbeiten zwingen, leiden wir täglich wieder unter zahlreichen Gesamtstörungen infolge Ueberlastungen durch den Druschbetrieb.

Solche Ueberlastungen können bei dem jetzt geltenden Verteilungsplan nur dadurch eintreten, daß viele Betriebe an solchen Tagen oder zu solchen Zeiten arbeiten, wo der elektrische Betrieb vom unterzeichneten Vertrauensmann verboten wurde. Durch derartige Mißachtung des allgemein jedem Gemeinde- und Gutsbezirke bekanntgegebenen Stromverteilungsplanes leiden ganz besonders diejenigen Abnehmer, welche sich an die Vorschriften halten, indem sie auch an solchen Tagen kaum Strom haben, an welchen ihnen solcher zusteht.

Da die Industrie bis auf 50% eingeschränkt wurde und größtenteils auch nachts arbeitet, so ist es bei einer nur zur Verfügung stehenden Höchstleistung von 4500 KW nur dann möglich auszukommen, wenn jeder Abnehmer die Vorschriften befolgt.

Jeder Abnehmer kann aber unseren Gesamtbetrieb erleichtern und selbst am ungestörtesten arbeiten, wenn die Nachtzeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh zum Dreschen mitbenutzt wird, weil zu dieser Zeit noch erhebliche Leistungen frei sind.

Vorstehende Verhältnisse können vor Fertigstellung des Anschlusses an die Reichswerke in Lauta in März 1921 nicht verbessert werden und steht die Betriebsleitung des E.-V. Gröba den heutigen Verhältnissen machtlos gegenüber.

Infolge der außerordentlichen Schädigung der Allgemeinheit durch verbotswidrige Stromabnahme wird der unterzeichnete Vertrauensmann jeden einzelnen ermittelten oder ihm zur Anzeige gebrachten Fall mit den höchst zulässigen Geldstrafen erfassen.

Gröba, am 23. November 1920.

Der Vertrauensmann des Reichskommissars.
Korff.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Abstimmung in Oberschlesien soll jetzt bestimmt am Montag den 17. Januar erfolgen.

* Im Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung machte Ministerpräsident Braun die Aufsehen erregende Mitteilung, daß er beabsichtige, das Landesökonomie-Kollegium aufzulösen.

* Die Mitteilung des „Matin", daß Exkaiser Wilhelm die Absicht habe, im Achilleion auf Korfu Wohnung zu nehmen, wird jetzt auch von der griechischen Delegation in Paris als völlig unbegründet bezeichnet.

* Der vormalige deutsche Kronprinz dementiert entschieden jede Beteiligung an irgendeiner Kapitalverschiebung.

* Das Befinden der vormaligen deutschen Kaiserin hat sich wieder bedeutend verschlechtert, so daß der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich sich sofort nach Schloß Doorn begeben haben.

Anschlag auf unsere Flugzeugindustrie.

Wieder ein Rechtsbruch der Entente.

Wie aus Berlin gemeldet wird, droht unserer Luftfahrt, die erst in den letzten Tagen durch die Forderung der Ablieferung der beiden Zeppelinluftschiffe „Bodensee" und „Nordstern" seitens der Entente schwer gefährdet wird, von derselben Seite eine neue Gefahr.

Im Hamburger Hafen liegen zurzeit elf neue Junkers-Metallflugzeuge zur Verschickung bereit, die von Amerika bestellt worden sind. Die Interalliierte Luftüberwachungskommission hat nun gegen die Ausfuhr dieser Flugzeuge Einspruch erhoben, so daß ihre Verschickung bis zur Stunde noch nicht erfolgt ist. Darüber hinaus scheint die Entente, wie weiter mitgeteilt wird, die Absicht zu haben, die Flugzeuge, sobald sie die Hand darauf gelegt hat, unter sich zu verteilen.

Die Entente stützt sich bei ihrem Einspruch auf das im Friedensvertrag vorgesehene Bauverbot für Luftfahrzeuge. Dieses Verbot ist aber im Vertrage ausdrücklich auf eine Frist von sechs Monaten nach Abschluß des Friedens begrenzt, ist also am 10. Juli dieses Jahres bereits abgelaufen, so daß wir seit diesem Tage rechtlich im Bau von Luftfahrzeugen für den Friedensverkehr vollkommen frei sind. Entgegen dem klaren Wortlaut dieser Vertragsbestimmung dekretiert die Entente von sich aus, ganz einseitig, eine Verlängerung des Bauverbots mit der Begründung, daß die Ablieferung des Kriegsluftfahrtgeräts nicht vertragsmäßig vollständig erfolgt sei. Die Reichsregierung hat mit vollem Grunde den Anspruch der Entente bestritten und die Verhandlungen darüber sind zurzeit noch im Gange.

Das Ergebnis der Entwaffnung.

Ein großer Erfolg.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, sind in der Zeit vom 15. September bis gegen Ende Oktober freiwillig abgeliefert worden:

83 Geschütze, 84 Minen- und ähnliche Werfer, 21 Flammenwerfer, 167 Granatwerfer, 167 Gewehrgranatenwurfbecher, 4818 Maschinengewehre, 1999 Maschinenpistolen, 526 851 Gewehre, Karabiner und Tankgewehre, 51 Gewehre ohne Schloß, 66 689 Pistolen und Revolver, 52 734 Hand-, Wurf- und Gewehrgranaten, 8805,25 Kilogramm und 2241 Stück Artillerie- und Minenwerfermunition, 17 400 286 Stück Munition für Handfeuerwaffen, 17 724 Artillerie- und Minenzünder, Sprengkörper aller Art und 892 494 Handgranatenzünder und Sprengkapseln, sowie 183 770 Waffenteile, wie Maschinengewehrschlösser, Maschinenschlösser und -läufe.

Die bereits bekannten Zahlen der angekauften und beschlagnahmten Waffen haben sich seit dem 20. Oktober um folgende Posten erhöht: 18 Geschütze, 377 Maschinengewehre, 165 680 Gewehre, Karabiner und Tankgewehre, 651 Pistolen und Revolver, 268 Hand-, Wurf- und Gewehrgranaten, 7 Leuchtpistolen, 1 Flugzeug, 91 897 Stück Munition für Handfeuerwaffen, 14 Maschinengewehrschlösser, 109 042 Maschinengewehrläufe, 2 Gewehrschlösser, 182 795 Gewehrläufe und 833 890 Kilogramm Gewehrteile.

ungemeldet sind von Selbstschutzorganisationen, Fabriken, Handelsfirmen usw.: 6785 Maschinengewehre und 434 494 Gewehre und Karabiner.

Entschiedenes Dementi des Kronprinzen.

Keine Beteiligung an den Kapitalverschiebungen.

Wie der Amsterdamer Vertreter des W. T. B. von einer dem vormaligen Kronprinzen nahestehenden Seite erfährt, haben sich weder der vormalige Kronprinz noch sein Begleiter Major von Mueldner jemals bewußt oder unbewußt an einer Kapitalsverschiebung aus Deutschland nach dem Auslande beteiligt. **Die Beziehungen des früheren Kronprinzen zu Herrn Grunsser** rühren daher, daß dieser sich dem Kronprinzen nach dessen Übertritt auf holländisches Gebiet als einer der ersten zur Verfügung stellte und ihm aus seiner bedrängten finanziellen Lage dadurch half, daß er ihm **5000 Gulden** vorstreckte, um damit über die erste Zeit hinwegzukommen. Seitdem bestreitet der Kronprinz seinen Lebensunterhalt aus Mitteln, die er vom vormaligen Kaiser bezieht.

Erbitterte Kämpfe in Dublin.

Die Hafenanlagen in Flammen.

Die Lage in Irland spitzt sich weiter zu. Als Folge der Niedermetzelung englischer Offiziere in Dublin ist dort ein erbitterter Straßenkampf entbrannt.

Nach einem Privattelegramm sind die Docks und die Kohlenlager in Brand gesteckt. Ein großes Schiff steht ebenfalls in Flammen. In den Hospitälern gibt es Hunderte von Verletzten. Es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Zahl der Toten endgültig festzustellen.

Auch im Bezirk von Cork und an mehreren anderen Stellen Irlands sind Aufstände ausgebrochen, die den Engländern viel zu schaffen machen. Die Erbitterung des englischen Militärs ist gleichfalls sehr groß und verleitet dieses zu zahlreichen Übergriffen.

Tumult im englischen Unterhause.

Im englischen Unterhause führte der Massenmord der englischen Offiziere in Dublin zu einer heftigen Szene. Es kam zu Handgreiflichkeiten, und das Haus mußte auf kurze Zeit vertagt werden. Lloyd George teilte auf Anfrage mit, daß die Regierung vom Parlament weitere ausgedehnte Ausnahmevollmachten verlangen würde, um die Mordbande aus dem Wege zu räumen. Darauf ergriff der irische Abgeordnete Devlin das Wort. Ein Konservativer fiel ihm aber ins Wort und versuchte, ihn zu sich herüberzuziehen. Es entspann sich darauf ein Handgemenge, das schließlich zu der Vertagung des Hauses führte. Devlin schrie inmitten des Tumults: „Er hat mich geschlagen. Das ist englischer Mut und englische Ritterlichkeit, daß alle über einen herfallen."

Die rote Fahne auf dem schiefen Turm.

Blutige Krawalle in Bologna.

Zu den blutigen Zwischenfällen in Bologna in Italien werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Nachdem die Sozialisten auf dem schiefen Asinelli-Turm eine rote Fahne gehißt hatten, zogen ihre Gegner zum Rathaus, wo der in seiner Mehrheit sozialistische Gemeinderat zum erstenmal zusammengetreten war. Sie wurden aber dort von der Polizei aufgehalten. In der Nähe der Piazza del Nettuno eröffneten die Sozialisten das Feuer gegen eine Gruppe ihrer Gegner. Gleichzeitig wurden von den Balkons und Fenstern des Rathauses, wo sich Sozialisten befanden, Bomben geschleudert und Schüsse abgefeuert. Im Sitzungssaale selbst wurde auf die der Minderheit angehörenden Stadtverordneten geschossen, von denen einer getötet und einer verletzt wurde.

Im ganzen sind acht Personen getötet und ungefähr 70 verwundet worden. Mehrere Personen wurden verhaftet und bei einer Durchsuchung des Rathauses Waffen und Bomben beschlagnahmt. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. Die Ordnung ist wiederhergestellt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Die Reichsregierung und Südtirol.** Halbamtlich wird erklärt: „Die Wiener Montagszeitung will von „vollkommen verläßlicher Seite" wissen, daß die Haltung der deutschen Regierung in der Südtiroler Frage sich aus einem Geheimvertrage erkläre, in dem Deutschland die Brennergrenze anerkannt habe, wofegen Italien sich verpflichte, die deutschen Interessen bei der oberschlesischen Abstimmung nachdrücklich zu unterstützen. Wir können auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle erklären, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist."

✦ **Abstimmung in Oberschlesien am 17. Januar.** Von zuständiger Seite in Oppeln wird bestätigt, daß die Abstimmung in Oberschlesien **Montag, den 17. Januar 1921,** stattfinden wird. Die deutschen und polnischen Angestellten der interalliierten Kommission haben ihre **Kündigung zum 1. Februar 1921** erhalten. Den Abstimmungsberechtigten, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, werden die Abfahrttermine baldigst öffentlich bekanntgegeben werden.

✦ **„Schwerwiegende Worte".** Von amtlicher belgischer Seite wird zu den Reden Fehrenbachs und Simons in Aachen erklärt, daß ihre Worte schwerwiegend seien und auf die Erklärung hinausliefen, daß Deutschland in der Frage der Wiederabtretung von Eupen und Malmedy die von ihm unter den Vertrag von Versailles gesetzte Unterschrift verwirft.

✦ **Für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.** Der Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" schreibt in einem Leitartikel, der durchaus überwiegende Teil der britischen öffentlichen Meinung sei, und zwar sehr mit Recht, für eine Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund: es sei erfreulich, daß Barnes auf der Völkerbundversammlung mit solchem Nachdruck dafür eingetreten sei. — Die Umfrage eines in Genf befindlichen Journalisten ergab, daß 24 unter 30 dort vertretenen Staaten der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund günstig gesinnt sind.

✦ **Kronprinz Rupprecht gegen den Bürgerkrieg.** In einer Unterredung mit einem englischen Pressevertreter erklärte der vormalige bayerische Kronprinz, er wünsche keinerlei Bewegung, die einen neuen Bürgerkrieg entfesseln könnte; eine Änderung müsse vom Volke selbst kommen. Dieses müsse entscheiden, ob es eine neue Regierungsform wünsche. Der jetzige Zustand könne nicht mehr länger als höchstens ein Jahr dauern. In Bayern wachse die monarchistische Gesinnung täglich. Zwischen Nord- und Süddeutschland bestehe noch immer eine gewisse Eifersucht, besonders auf religiösem Gebiete. In Bayern könnte die Monarchie proklamiert werden; dies würde aber sofort in anderen Teilen Deutschlands Unruhen hervorrufen. Er sei nicht für eine Abtrennung Bayerns vom übrigen Reich. Der finanzielle Zusammenbruch werde die bevorstehende Änderung in Deutschland beschleunigen.

✦ **Um die 810 000 Milchkühe.** Von einem nach Berlin zurückgekehrten deutschen Unterhändler, der an den Pariser Besprechungen über die von der Entente geforderten 810 000 Milchkühe beteiligt war, sind etwas tröstlichere Mitteilungen über den Stand dieser Frage hierhergebracht worden. Es scheint, daß die zahllosen deutschen Kundgebungen gegen diese barbarische Zumutung in Frankreich einigen Eindruck gemacht haben, doch wäre natürlich verfehlt, an diese Versicherungen allzu weitgehende Hoffnungen zu knüpfen. Immerhin darf man wohl sagen, daß die mündlichen Bemühungen unserer Vertreter wenigstens nicht nutzlos geblieben sind.

Deutsch-Österreich.

× **Auf Frankreichs Wunsch unterblieben?** Die Wiener „Montagszeitung" weiß nachträglich zu den Verhandlungen über die Kabinettsbildung zu melden, die Übernahme des Ministeriums des Äußern durch den ehemaligen k. und k. Botschafter in Madrid, Prinzen zu Fürstenberg, sei daran gescheitert, daß die französische Mission in Wien den Wunsch ausgesprochen habe, daß die Berufung einer so ausgesprochen deutschfreundlichen Persönlichkeit zur Leitung des Ministeriums des Äußern unterbleibe. — Da die Meldung

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF